

Der Courier
ist die führende Zeitung für die deutsch sprechenden Canadianer.
Erscheint jeden Mittwoch.
Bezugspreis:
für Kanada \$2.50
für Ausland \$3.50
— Druck- und Verlagsanstalt:
1835 Halifax Street, Regina.

Der Courier

Organ der deutsch sprechenden Canadianer

"The Courier"
is the leading Canadian Paper
in the German language.
Issued every Wednesday.
Subscription price:
in Canada \$2.50
to foreign countries .. \$3.50
Offices and printing plant:
1835 Halifax Street, Regina.

17. Jahrgang

12 Seiten

Regina, Saskatchewan, Mittwoch, den 11. Juni 1924

12 Seiten

Nummer 31

Die „Foreigner“-Sebe in neuer Auflage

Methodisten verdächtigen die Nichtangelsachsen.

Wir wollen einen friedlichen Aufbau einer canadischen Nation.

In Niagara Falls in Ontario hat Rev. Dr. T. Albert Moore, der Sozialsekretär der Methodistensynode, auf der Sonntagssitzung erklärt, die Niederlage der Prohibition in Manitoba sei „der Staatstropfen“, der die Nation in die Zukunft Europas zu versinken lassen wird. Er erklärte, dass die Methode der Prohibition in Kanada nicht die richtige sei, sondern die Methode der friedlichen Einmischung. Er forderte die Nichtangelsachsen auf, sich für die Prohibition einzusetzen, da dies die einzige Möglichkeit sei, die Nation zu retten.

Nicht uninteressant sind in diesem Zusammenhang auch die gegen die Ukrainer erhobenen Anwürfe, denen auf der Methodistensynode in Saskatchewan nachgegangen wurde. Sie wollten ihre eigene nationale Kultur beibehalten und keine Canadianer werden. Die englisch-canadische Presse beschäftigt sich ebenfalls mit diesen Anschuldigungen, wobei sie sich gegen die Anhebung von nichtangelsächsischen Einwanderern in eigenen Kolonien wendet. Der „Morning Leader“ von Regina z. B. meint, das verwegene „Canadization“, die Canadization, weil die Siedler ihre Verantwortung, die sie von der Alten Welt mitbringen, nicht ablegen würden.

Diese neuerdings hervortretenden offenen und versteckten Angriffe gegen die „Foreigner“ geben uns Anlass, einige deutliche Worte in dieser Richtung zu sagen. Wir haben schon bei einer früheren Gelegenheit die Verhältnisse der „Doppelbürger“ in Saskatchewan im Zusammenhang mit der „Foreigner“-Sebe in neuer Auflage besprochen. Es ist zu hoffen, dass die innere Verfassung zum Schaden des Ganzen zu einer dauernden Erneuerung wird. Mit „Foreigner“ sind wir nicht zufrieden, weil sie unter den nichtangelsächsischen Einwanderern schlechte Beispiele zu machen. Wir können es nicht dulden, dass diese Leute, die sich als „Foreigner“ bezeichnen, sich nicht als „Foreigner“ behandeln lassen. Wir wollen, dass sie sich als „Foreigner“ behandeln lassen, und nicht als „Foreigner“.

Wir müssen an diese zutreffenden Worte erinnern, um die Torheit und den Fanatismus jener gebührend zu kennzeichnen, die immer wieder störend in den ruhigen und friedlichen Aufbau einer canadischen Nation eingreifen. Ja, wir geben noch weiter und sagen: Wenn man schon von „Foreigners“ in „Ausländern“ reden will, dann müssen alle Angelsachsen und Nichtangelsachsen, darunter eingerechnet werden. Denn die Urheimat von allen ist nicht Canada, sondern irgend ein europäisches Land. Die einzigen, die hier keine „Foreigner“ sind, sind die Indianer, die schon längst vor den Weißen auf canadischen Boden haften, während alle anderen oder deren Vorfahren in Canada einmal eingewandert sind. Das ist eine Tatsache, die von niemand geleugnet werden kann. Was hat also das alberne Gerede von „Foreigners“ für einen Sinn? Doch nur den, dass man einen Teil des canadischen Volkes gegen den anderen aufzubringen sucht. Wir möchten die Methodisten und ihre Mitarbeiter, die englisch-canadischen Zeitungen, nachdrücklich davor warnen. Sie spielen mit einem Feuer, das an ihrem Canada nicht zum Segen gereichen kann.

Ein aufschreckendes Beispiel sollten die europäischen Verhältnisse sein, wo fast jedes Volk, namentlich aber in Südeuropa, die Minderheitenfrage wie einen Dorn im Fleische hat. Man hat gegen Ende des Weltkrieges das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen proklamiert. Schön und gut. Aber was ist daraus geworden? Die Minderheiten in den Balkanländern und anderen Ländern der Erde leben mit den Kroaten und Deutschen in Unfrieden, die Rumänen kämpfen gegen die Ungarn und Deutschen in eigenen Ländern. All diese Staaten sind infolge der

Sind wir immer noch die „Hunnen“?

Die „Free Press“ von Regina bringt in ihrer Ausgabe vom 4. Juni eine Meldung aus Genf, wonach ein Schiedsgericht eine belgische Schadenersatzklage gegen die deutsche Regierung verworfen hat. Es wurde nämlich Genehmigung für die Deportierung von 80.000 Belgiern während des Weltkrieges verweigert. Nach dreimonatlicher Untersuchung entschied der belgische Schiedsrichter, dass die deutsche Regierung in diesem Falle nicht zu schuldig ist, und er verwies die Klage an die belgische Regierung.

Was tut nun die „Free Press“ von Regina? Sie setzt darüber die Leser in Kenntnis. „Belgians lose suit against German Government.“ Belgier verlieren Prozess gegen deutsches Regierung. Wir sind immer noch solche Schandvögel wie „Hunnen“, die auch unsere Landsleute beleidigen. Die belgische Regierung hat die Klage verworfen, weil die deutsche Regierung während des Weltkrieges die Deportierung von 80.000 Belgiern während des Weltkrieges verweigert hat. Das ist ein Beweis dafür, dass die deutsche Regierung während des Weltkrieges die Rechte der Belgier verletzt hat. Wir sind immer noch solche Schandvögel wie „Hunnen“, die auch unsere Landsleute beleidigen.

Kanzler Marx gegen die Kriegsschuldlüge

Starke Mehrheit des Reichstages für die Regierung.

Kommunitede führt zu Kadaver-Szenen.

Berlin, 9. Juni. — Nach der Reichstagsrede des Abg. Scholz im Namen der Regierungspartei (siehe unter „Weltanschauung“ auf S. 21) ergriff der Reichstagsabgeordnete Graf Helldorf das Wort. Er stellte sich Bedauern fest, dass Marx in seiner Programmrede nicht auf die Frage über Deutschlands Schuld am Weltkriege eingegangen sei. Dem Reichspräsidenten Ebert war Scholz vor, dass er die zweite Hälfte der Kriegsschuld, die Deutschland zuzurechnen ist, nicht mit der Bildung der neuen Regierung beauftragt habe. Dann fuhr er fort: „Ehe durch Deutschland mit dem Gutachten die sich aus ihm ergebenden ungeheuren Lasten angenommen werden, müssen wir die Verantwortung für die Kriegsschuld geklärt werden. Wir verlangen die politische und militärische Freiheit im Rhein- und Ruhrlande. Seit zwei Jahren und mehr sind die Franzosen im Besitz des Rheins. In der Rheinfrage liegt das Schicksal Europas. Wir wollen nicht, dass die deutsche Bevölkerung in die Hände der Franzosen übergeben wird. Wir wollen, dass die deutsche Regierung die Verantwortung für die Kriegsschuld geklärt werden. Wir verlangen die politische und militärische Freiheit im Rhein- und Ruhrlande. Seit zwei Jahren und mehr sind die Franzosen im Besitz des Rheins. In der Rheinfrage liegt das Schicksal Europas. Wir wollen nicht, dass die deutsche Bevölkerung in die Hände der Franzosen übergeben wird. Wir wollen, dass die deutsche Regierung die Verantwortung für die Kriegsschuld geklärt werden.“

Schnapschiberei ist eine canadische Landplage

Kämpfe zwischen Bootleggers und Grenzwachtern.

Wie lange sollen diese Mißstände noch andauern?

Aus Quebec kommt die Nachricht, dass in den letzten Wochen an der canadisch-amerikanischen Grenze wieder Kämpfe zwischen Bootleggern und Grenzwachtern entbrannt haben. Die Bootlegger werden in ihrer Zehde von etwa 100 Schlägern unterstützt, die für die Schnapschiberei die Grenze hinhalten. Einige dieser Schläger wurden verhaftet, ein paar Schnapschibler aber entkommen. Durch die Gefangennahme eines Mannes, namens Pelletier, in der Nähe von Levesque County noch verhaftet worden. Als Zollbeamte der Ver. Staaten nicht weit von der Maine-Grenze ein Automobil anhielten, das mit Schnaps beladen war, wurde ein anderer Bootlegger Auto vorbei und entkam. Die Behörden der Ver. Staaten haben Befehlungen in Ottawa erlassen und verlangen ein Eingreifen der canadischen Regierung. Mit anderen Worten: Aus dem verrätherten amerikanischen Volkland können sich schließlich für unser Land Bewilligungen und Schmiergelder ergeben, die zu einer Schädigung der canadischen Wirtschaft führen. Die Schuld daran trägt der Prohibitionsschwarzmarkt, auf dem die Bootlegger ihren Gewinn machen. Die Behörden der Ver. Staaten haben Befehlungen in Ottawa erlassen und verlangen ein Eingreifen der canadischen Regierung. Mit anderen Worten: Aus dem verrätherten amerikanischen Volkland können sich schließlich für unser Land Bewilligungen und Schmiergelder ergeben, die zu einer Schädigung der canadischen Wirtschaft führen. Die Schuld daran trägt der Prohibitionsschwarzmarkt, auf dem die Bootlegger ihren Gewinn machen.

Die zwei jungen Schensale von Chicago

Das Geständnis der beiden Millionärsöhne

Chicago, 9. Juni. — Nach der Anzeige durch die Grand Jury gab Staatsanwalt Crowe die Geständnisse von Leopold und Loeb bekannt. Sie schrieben, wie die beiden Studenten seit Monaten mit dem Plan umgingen, um der Aufregung willen den Sohn eines reichen Mannes zu entführen und zu töten. Alle Einzelheiten waren lange vor Verübung des Verbrechens sorgfältig geplant. Ein Zufall lieferte das Opfer, als Franks von Spielplatz einer Privatvilla nach Hause ging. Nach Töten des Opfers, dessen Leiche mit einem Autombilanzug bedeckt wurde, hielten die Mörder mit ihrem gemieteten Wagen vor einem Restaurant und verpeisten belegte Prote. Nachdem sie ihre Pläne auf Verhinderung der Leiche und Forderung des Lösegeldes aus. Letzteres sollte in einen Sicherheitskoffer gelegt werden und vor der Herausgabe ein Jahr lang dort bleiben. Die Studenten gingen mit großer Vorsicht zu Werke, um ein Mischlingen ihrer Pläne zu verhindern. Sie hatten aber nicht mit der schnellen Entdeckung des Leichnams und der Auffindung einer Leopold gehörigen Brille gerechnet. Ueberdies vergaß der Vater des erschlagenen Knaben in seiner Aufregung zum Teil die Anweisungen für Ablieferung des Geldes. Das Vorgehen zur Erlangung des Geldes war am schwierigsten, heißt es, in Leopolds Geständnis. Schließlich entschieden wir uns dafür, daß das Geld von einem in Fahrt befindlichen Zug geworfen werden sollte, nachdem wir die

Die russisch-britischen Verhandlungen

Sind ins Stocken geraten.

London, 9. Juni. — Die russisch-englische Konferenz scheint nicht vorwärts kommen zu wollen. Nach dem 20. Mai die Unanimität unter den Vertretern der beiden Länder, dass eine Fortsetzung der Verhandlungen nicht ratsam war, wurde die nächste Sitzung jetzt auf den 26. Mai und dann auf den 4. Juni anberaumt. Auf Ansuchen des russischen Staatsdelegierten wurde jedoch die Sitzung abermals verschoben, ohne dass ein Datum für die Wiederaufnahme der Konferenz festgelegt worden wäre. In einigen wird behauptet, daß die Russen das Eintreffen von Maxim Litvinov abwarten wollen, der von Moskau nach London angeblich mit dem Auftrag abgereist ist, die Konferenz vor der Schließung zu beenden, von der sie bedroht ist. Andere und mit ihnen auch mehrere Journalisten glauben, daß die neuerliche Verschiebung der Sitzung der Überzeugung zum Ausdruck der russischen und der britischen Delegierten über die Aufzählung der russischen Vertriebsschulden zu weit auseinandergehen, um eine Verhandlungseröffnung zu lassen. In der letzten Sitzung haben die russischen Delegierten das Anerbieten gemacht, eine Kautionsanleihe zu leisten für die Deckung der Vertriebsschulden der russischen Regierung an britische Untertanen, falls mit Hilfe der britischen Regierung eine langfristige Anleihe arrangiert werden konnte. Die Russen fügten hinzu, daß dabei aber nur die Forderungen von Leuten berücksichtigt werden könnten, die vor dem 12. März 1917 russische Bonds im Besitz hatten. Die britischen Delegierten erwiderten darauf, daß die britische Regierung sich nicht verpflichten würde, die Garantie für eine derartige Anleihe zu übernehmen, doch sie aber den Bestimmungen der Russen, eine Anleihe auf privatem Wege fertig zu machen, kompromittiert gegenüberstehen würde. Die Russen hatten ihrem Vorschlag noch die Bedingung hinzugefügt, daß die Ansprüche aller derer keine Berücksichtigung finden, die nach dem 12. März 1917 sich aktiv gegen die Sowjet-Regierung betätigt hatten. Den kleineren Ansprüchen wurde das Prioritätsrecht zugestanden werden. Außerdem würde der größte Teil der Anleihe in England für den Ankauf von Maschinen und anderen Bedarfsartikeln Verwendung finden. Auf die Frage, ob die Sowjet-Regierung ihre Verpflichtung für das Kapital und die rückständigen Zinsen

Die russisch-britischen Verhandlungen

Sind ins Stocken geraten.

London, 9. Juni. — Die russisch-englische Konferenz scheint nicht vorwärts kommen zu wollen. Nach dem 20. Mai die Unanimität unter den Vertretern der beiden Länder, dass eine Fortsetzung der Verhandlungen nicht ratsam war, wurde die nächste Sitzung jetzt auf den 26. Mai und dann auf den 4. Juni anberaumt. Auf Ansuchen des russischen Staatsdelegierten wurde jedoch die Sitzung abermals verschoben, ohne dass ein Datum für die Wiederaufnahme der Konferenz festgelegt worden wäre. In einigen wird behauptet, daß die Russen das Eintreffen von Maxim Litvinov abwarten wollen, der von Moskau nach London angeblich mit dem Auftrag abgereist ist, die Konferenz vor der Schließung zu beenden, von der sie bedroht ist. Andere und mit ihnen auch mehrere Journalisten glauben, daß die neuerliche Verschiebung der Sitzung der Überzeugung zum Ausdruck der russischen und der britischen Delegierten über die Aufzählung der russischen Vertriebsschulden zu weit auseinandergehen, um eine Verhandlungseröffnung zu lassen. In der letzten Sitzung haben die russischen Delegierten das Anerbieten gemacht, eine Kautionsanleihe zu leisten für die Deckung der Vertriebsschulden der russischen Regierung an britische Untertanen, falls mit Hilfe der britischen Regierung eine langfristige Anleihe arrangiert werden konnte. Die Russen fügten hinzu, daß dabei aber nur die Forderungen von Leuten berücksichtigt werden könnten, die vor dem 12. März 1917 russische Bonds im Besitz hatten. Die britischen Delegierten erwiderten darauf, daß die britische Regierung sich nicht verpflichten würde, die Garantie für eine derartige Anleihe zu übernehmen, doch sie aber den Bestimmungen der Russen, eine Anleihe auf privatem Wege fertig zu machen, kompromittiert gegenüberstehen würde. Die Russen hatten ihrem Vorschlag noch die Bedingung hinzugefügt, daß die Ansprüche aller derer keine Berücksichtigung finden, die nach dem 12. März 1917 sich aktiv gegen die Sowjet-Regierung betätigt hatten. Den kleineren Ansprüchen wurde das Prioritätsrecht zugestanden werden. Außerdem würde der größte Teil der Anleihe in England für den Ankauf von Maschinen und anderen Bedarfsartikeln Verwendung finden. Auf die Frage, ob die Sowjet-Regierung ihre Verpflichtung für das Kapital und die rückständigen Zinsen

Amskurz in Rumänien?

Borlania nur Gerüchte.

Bien, 9. Juni. — Noch unüberhörte Gerüchte melden nach Bien, in Bukarest eine Revolution ausgebrochen, das Ministertum von General Avarescu, dem früheren Ministerpräsidenten, sei mit Hilfe der Bauernpartei gestürzt worden; Ministerpräsident Bratianu sei aus der Hauptstadt geflüchtet.

Letzte Nachrichten

Familientragödie.
Buenos Aires, 10. Juni. — Frau Katie Madenat, die angeklagt ist, ihren Mann durch die ihm zugeführten Arthrose getötet zu haben, hat gemeinsam mit ihren Kindern, die als Zeugen erschienen waren, ein erfindungsreiches Bild von unglücklichen Familienverhältnissen entworfen. Die 11 und 14jährigen Kinder vor allem wiesen auf die Grausamkeit des Vaters und auf das Elend hin, in dem sie leben mußten.
Junifrost in Edmonton.
Edmonton, 9. Juni. — General hatte Edmonton einen Junifrost, der namentlich auf Gartenpflanzen Schaden anrichtete.
Franz trinkt Karbololane.
Cobilia, 10. Juni. — Frau Nell Weckmann wurde in schlimmem Zustand im Borspas ihres Hauses gefunden. Sie hatte eine fünfprozentige Karbololaneinjektion getrunken.
Reue französische Regierung.
Paris, 10. Juni. — Das neue Kabinett, das die Stelle der Boissere-Regierung einnimmt, wird von Francois-Marxal geführt.